

Bistra Usunowa

Probleme der Massenmedien in  
Bulgarien während des Überganges  
zu Demokratie und Marktwirtschaft

Bundesrepublik Deutschland vom 28. 7. bis 28. 11. 1997

# Inhalt

Zur Person	218
Regionalpolitik und Regionaljournalismus in Bulgarien	218
Staatliche Medien - willige Medien?	219
Nachrichten - früher und heute	221
Der Segen der modernen Telekommunikation auf bulgarisch	222
Journalismus und wirtschaftliche Misere	223
Aus- und Fortbildung von Journalisten	224



*Bistra Usunowa*, 1961 in Sofia geboren. Studium der Germanistik an der Sofioter „Kliment-Ochridski“-Universität, Teilstudium an der Humboldt-Universität Berlin, nach einem Volontariat beim Auslandsdienst des Bulgarischen Rundfunks - zuerst zuständig für die Hörerpostbearbeitung in der Deutschen Redaktion. Stipendiat der Heinz-Kühn-Stiftung (August-November 1997) in Deutschland. Zur Zeit Redakteurin beim Bulgarischen Programm der Deutschen Welle in Köln.

## Regionalpolitik und Regionaljournalismus in Bulgarien

An der Medienlandschaft kann man ziemlich genau erkennen, ob es sich in einem Staat um eine wirklich demokratische oder nur quasidemokratische Gesellschaft handelt. Nehmen wir das Beispiel Regionalpolitik und Regionaljournalismus in Bulgarien. Die Tatsache, daß es dort so gut wie keine regionalen Fernsehsender und nur eine begrenzte Anzahl von regionalen Hörfunksendern gibt (die meistens auch kein Vollprogramm anbieten) und daß die Regionalpresse wegen Geldmangels der Kommunen immer schwächer wird, zeigt, wie stark noch die Tendenzen eines zentral gesteuerten Staates sind. Ausgehöhlt ist praktisch das ganze System der kommunalen Politik, das zu totalitären Zeiten nur den verlängerten Arm der Zentralgewalt darstellte. Kommunalpolitiker dürfen sich auch heute noch vor allen Dingen mit nebensächlichen Aufgaben beschäftigen, wie z. B. der Ausgabe der Sozialleistungen, die auf staatlicher Ebene beschlossen und verteilt werden. Die eigentliche Kommunalpolitik findet in Bulgarien immer noch auf Staatsebene statt. Gerade deshalb empfinden die Bulgaren die Kommunalwahlen als nur halb so wichtig wie die Parlamentswahlen und zeigen eine dementsprechend niedrigere Wahlaktivität. Die Erwartungen, die die Bürger an den immer noch „allmächtigen“ Staat knüpfen, sind daher auch ziemlich hoch. Die Unselbständigkeit der Kommunen, die mit der finanziellen Abhängigkeit beginnt und mit der strukturellen und organisatorischen endet, spiegelt sich auch in der Medienlandschaft wieder. Wenn praktisch alle wichtigen Entscheidungen aus Sofia kommen, ist es doch klar, daß die Leute in der Provinz ihre regionalen Hörfunksender und die regionale Presse nur als nette kleine Ergänzung (ohne die man aber auch ganz gut leben könnte) zu der sog. wichtigen und aktuellen Berichterstattung aus Sofia empfinden - sprich die des staatlichen Rundfunks und Fernsehens und der überregionalen Tagespresse, die

ebenfalls in Sofia erscheint. Die Wahl des Senders, den man einschaltet, hängt daher nicht so sehr vom persönlichen Geschmack oder vom Können der Journalisten ab, die das jeweilige Programm machen, sondern ist für diejenigen, die „auf dem Laufenden sein möchten“ eine fast alternativlose Zwangsentscheidung. All dies führt zu einer starken Überbewertung der zentralen Presse und der staatlichen Hörfunk- und Fernsehsender, die unter diesen Umständen restlos überfordert sind und es so keinem recht tun können. Vor diesem Hintergrund ist es recht erfrischend zu sehen, wie **breitgefächert**, vielseitig und professionell die regionalen Hörfunk- und Fernsehprogramme in Deutschland sein können. Es hat mich am Anfang etwas überrascht, als mir ein deutscher Journalist, der mit der Ausbildung junger Kollegen beschäftigt ist, erzählte, daß er seine gutbezahlte und ziemlich ruhige Stelle bei einem großen Sender abgab, weil es ihm zu langweilig war, die Weltpolitik durchzukauen. Seiner Meinung nach spielt sich der eigentliche Journalismus vor allen Dingen auf der Regionalebene ab, denn dort passiere ja jenes, was die Leute eigentlich interessiert und in ihrem Alltag berührt. Heute kann ich seine Worte über die Bedeutung der Regional- und Lokalsender besser als zu Beginn meines Deutschland-Aufenthaltes nachvollziehen.

## Staatliche Medien - willige Medien?

Ein weiteres Übel der bulgarischen Medienlandschaft ist die Tatsache, daß es sich bei den elektronischen Medien - sprich Rundfunk und Fernsehen - nicht um Öffentlich-rechtliche Anstalten handelt, sondern um nach wie vor staatliche. In den vergangenen Jahren haben es die national verantwortlichen politischen Kräfte nicht geschafft, ein Mediengesetz zu verabschieden, das den veränderten Bedingungen der sich reformierenden Gesellschaft gerecht wird. So existieren immer noch keine öffentlich-rechtlichen Gremien wie Rundfunkräte und Regelungen, die die Journalisten von dem jetzt von allen Seiten ausgeübten politischen Druck befreien könnten. Mehr noch: alle bisherigen Parlamente waren offensichtlich bemüht, Gesetze zu entwerfen, die die Macht der jeweils stärksten Partei oder Koalition über die Medien festigt und ausbaut. Die politische Klasse in Bulgarien hat allzu schnell erkannt, daß die Medien eine nicht zu schlagende Waffe im Wahlkampf darstellen. So verabschiedete das von den Sozialisten dominierte vorige bulgarische Parlament in) Jahre 1996 ein von ihnen vielgepriesenes Mediengesetz, worin durchaus fragliche Regelungen enthalten waren. So hieß es darin u. a., daß der Inhalt der Programme den Anforderungen der Verfassung hinsichtlich der Wahrung der nationalen Interessen Bulgariens gerecht werden soll. Was dies aber im Klartext bedeuten sollte, wurde nicht näher erklärt. Eine derart allgemeine und verschwommene Formulierung kann aber nur dazu beitragen, daß die Politiker die Programminhalte so interpretieren, wie es ihnen paßt. Hinzu kam die

Tatsache, daß im Gesetz keine Garantien dafür vorgesehen waren, daß Journalisten ihre Standpunkte effektiv verteidigen können. Dieses Gesetz wurde später dank der Einschaltung des Verfassungsgerichtes in vielerlei Hinsicht relativiert und außer Kraft gesetzt. Doch auch die jetzigen Regierenden, die bei ihrem Machtantritt ein neues und demokratisches Mediengesetz versprochen, tun sich nun schwer damit und verschieben den Zeitpunkt der Abstimmung immer wieder. Das Hauptproblem besteht wahrscheinlich darin, daß in den vergangenen acht Jahren sich alle nur darin einig waren, wie das nationale Fernsehen und der nationale Rundfunk nicht aussehen dürfen. Das Zögern der politischen Kräfte zu sagen, was die elektronischen Medien nun wirklich auszeichnen sollte, hat vielleicht auch damit zu tun, daß ein demokratisches Mediengesetz deren Möglichkeiten, die Medienpolitik zu diktieren, sehr stark reduzieren würde. So kommt es immer wieder dazu, daß die Diskussionen im Parlament nicht an die Substanz der Gesetzesentwürfe gehen, sondern eher nach dem Motto verlaufen - „Wir billigen jetzt unser Gesetz, und wenn ihr an die Macht kommt, dann könnt ihr euer Gesetz verabschieden.“ Die starke politische Polarisierung der bulgarischen Gesellschaft, die von ausländischen Beobachtern oft mit dem Konflikt zwischen zwei befeindeten ethnischen Gruppen verglichen wird, gehört zu den größten Problemen in Bulgarien.

So ist es wohl nicht anders zu erwarten, daß diese politische Spaltung und Parteiabhängigkeit auch innerhalb der Medienlandschaft nicht zu übersehen ist. Man versucht sie auch nicht besonders zu verdecken - es gehört einfach dazu, daß jeder neue Wahlsieger seine Leute in Schlüsselpositionen bringt, und diese dann immer wieder von Null anzufangen versuchen. Daß diese Leute in den meisten Fällen keine journalistische Ausbildung haben und oft noch keinen einzigen Tag in diesem Beruf gearbeitet haben, spielt keine Rolle. Es zählt nur die politische Treue. Was dabei oft herauskommt, ist eine abscheuliche Mischung aus Liebedienerei und Unprofessionalismus. Einseitige und voreingenommene Berichterstattung, verdrehte Wahrheiten oder Halbwahrheiten gehören zum Alltag. Das krassste Beispiel in dieser Richtung war die verspätete und mangelhafte Berichterstattung des staatlichen Rundfunks über die Januarrevolte vor dem Parlament in Sofia, als sich Hunderte von Menschen vor dem Gebäude der Volksversammlung versammelten und gegen die sozialistische Regierung Videnow protestierten. Infolge von Korruption und Mißmanagement war es zu einer Brotgetreideknappheit und Engpässen bei der Brotversorgung gekommen. Als der staatliche Rundfunk infolge der eingeschalteten Zensurmechanismen fast sprachlos blieb, versuchten private Sender wie Darik-Radio die Informationslücke zu schließen. Seitdem ist das Ansehen der staatlichen Medien auch zu Recht stark angekratzt. So war das Vertrauen zum Informationsprogramm des Bulgarischen Rundfunks „Horizont“ nach den Januar-Ereignissen von 1997 auf klägliche 11 % abgerutscht. Was der Parlamentsabgeordnete der Union der demokratischen Kräfte und EX-Chef des staatlichen Fernsehens nach 1989, Assen Agow, einmal sagte, daß nämlich die Medien immer hinter den Wahlgewinnern herlaufen, hat sich in der bulga-

rischen Realität immer wieder als traurige Wahrheit bewiesen. Inzwischen spricht man auch von Medien, die sogar „vor den Gewinnern“ herlaufen, die sich also in ihrem Eifer, es den Regierenden recht zu machen, selbst übertreffen.

Vor diesem Hintergrund ist es recht erfrischend zu sehen, wie unbefangen und antiautoritär junge deutsche Journalisten mit bekannten Politikern umgehen, welche scharfen und unbequemen Fragen sie stellen und wie selbstverständlich sie dies tun. Ich war von der freien und offenen Atmosphäre eines derartigen Gespräches von Volontären des WDR mit dem Ministerpräsidenten Johannes Rau regelrecht überrascht, weil meine bulgarischen Erfahrungen ganz anderer Natur sind. Ich war beeindruckt zu sehen, wieviel unangenehme Fragen gestellt und wie selbstbewußt kritische Standpunkte vorgetragen wurden. So kam es dazu, daß Herr Rau trotz seiner großen Redegewandtheit zuweilen richtig in die Enge getrieben wurde, was das Gespräch nur noch interessanter machte. Eine solche Diskussion würde in Bulgarien ganz anders aussehen. Zuerst würde der eingeladene Politiker eine langatmige Rede halten, und selbst wenn man die überstehen würde, ohne einzuschlafen, bliebe es bei weitem nicht klar, ob man seine Fragen stellen könnte, ohne dabei von anderen Journalisten ausgelacht oder angeblödelzt zu werden. Acht Jahre sind offensichtlich eine allzu kurze Zeit, um eine einigermaßen demokratische Kultur des Dialogs und der Diskussion zu entwickeln.

## Nachrichten - früher und heute

„Sofia. Der Minister für so und so ist heute morgen zu einer Visite nach X-Land abgereist. Er wird begleitet von XYZ . . . , sowie von Vertretern des Parlamentes.“

Eine gräßliche Protokollnachricht, die in deutschen Nachrichtenredaktionen in dieser nichtssagenden Art und Weise vielleicht gar nicht vorkommen würde. Oft habe ich vergebens darauf gewartet, daß die Deutsche Welle die Visite von hochrangigen deutschen Politikern in Bulgarien überhaupt erwähnt. Wenn diese Meldung doch kommt, dann nur, wenn es wirklich etwas zu berichten gibt, und nicht, wo das Ehrenregiment bei der Empfangszeremonie aufgebaut war und von wem der deutsche Repräsentant auf dem Flughafen empfangen wurde. Der Staatliche Bulgarische Rundfunk zeigt mit solchen umwerfenden Details nicht, Ganz im Gegenteil - sie sind sogar ein Muß. „Hofberichterstattung“ gehört in Bulgarien auch heute noch zur Normalität. Es sind immer wieder dieselben Reportagen regierungstreuer Journalisten, die an die Zeiten des Totalitarismus erinnern. Genauso wie zu Shivkovs Zeiten wird jede Auslandsreise des Präsidenten oder Premiers, selbst wenn es sich um mehr oder weniger formelle Dienstreisen handelt, ausgiebig gefilmt und dann meistens gleich nach den zentralen Abendnachrichten um 20.00 Uhr und vor dem Spielfilm gezeigt,

damit die Wichtigkeit dieser Visite keinem entgeht. Jedes Wort und jede Handlung der Politiker wird als besonders bedeutungsgeschwängert und zukunftsweisend ausgelegt. Zu solchen Reportagen gehören auch unbedingt ein paar zuvorkommende und ehrerbietige Fragen, die dem Interviewten noch eine Möglichkeit geben, ein paar Binsenweisheiten von sich zu geben. Fragen, ob der intensive Auslandstourismus auf Kosten der Steuerzahler in Zeiten tiefster Wirtschaftskrise noch eine Berechtigung hat, gehören nicht zum guten Ton. Speichelleckerei kommt natürlich bei den jeweils Regierenden gut an und verleitet sie dazu, sich als „Retter der Nation“ darzustellen. Das erste und bisher einzige positive Beispiel in dieser Richtung hat der jetzige Staatspräsident P. Stojanow geliefert, als er in bezug auf eine derartige Reportage meinte, es sei zu viel des Guten darin. Bis die Politiker aber erkennen, daß sie der Nation nicht unbedingt jeden Tag erklären müssen, wo es lang geht, wird es wohl noch etwas dauern. Die nichtssagenden Protokollnachrichten werden auch wohl erst dann verschwinden, wenn eine wirklich demokratische Normalität in die bulgarische Gesellschaft eingekehrt ist. Die bulgarischen Politiker sind ihrerseits nicht darauf vorbereitet, Rede und Antwort zu stehen. In ihrem Bewußtsein sind kritische Bemerkungen oder kritisches Nachfragen immer noch ein Zeichen von Feindseligkeit, das man leichtfertig als politische Voreingenommenheit abstempelt.

## Der „Segen“ der modernen Telekommunikationen auf bulgarisch

In Bulgarien spricht man in den letzten Jahren vom „Handy-Recht“ - dabei geht es aber nicht um das Recht, eine Mobilfunkverbindung zu nutzen, sondern um das „Recht“ der regierenden Partei, die Auswahl und Reihenfolge von Nachrichten, d. h. weglassen oder aufnehmen von Meldungen per Handy anzuordnen. Über solche Praktiken erfährt die Öffentlichkeit leider fast immer nur post faktum - d. h. erst wenn die jeweilige Partei nicht mehr an der Macht ist oder wenn es schon klar ist, daß ihr Vertrauenskredit bei der Bevölkerung erschöpft ist und sie gehen muß. Dann stürzen sich alle Medien mit größter Kritik auf diese, um Zuhörer und Zuschauer vergessen zu lassen, wie groß ihre Radfahrer-Haltung gewesen ist. Zuvor ist es ja allzu gefährlich . . .

Die Erosion ethischer Wertvorstellungen und die bislang ungenügende und verspätete Vergangenheitsbewältigung haben sich insbesondere bei den Journalisten, die moralisches Rückgrat haben sollten, verhängnisvoll ausgewirkt. Dieses „Anpassungsvermögen“ hat sich bereits bald nach der Wende von 1989 deutlich gezeigt, als fast alle bekannten Namen der bulgarischen Journalistik zu erklären versuchten, sie seien während des Totalitarismus Repressionen ausgesetzt gewesen. Daß für manchen während dieser „Repressalien“ auch ein Verdienstorden vom KP-Chef Todor Shvkov her-

auskam, sollte aber nur nebenbei bemerkt werden. Auch Leute, deren Mitarbeit für die Geheimdienste ein öffentliches Geheimnis war und deren Karriere gerade deshalb so erfolgreich verlief, hatten keine Skrupel, sich um 180 Grad zu wenden und sich mit dem selben Eifer wie zuvor für die Prinzipien der demokratischen Gesellschaftsordnung und der Marktwirtschaft stark zu machen. Auch die von der Allgemeinheit verlangte Öffnung der geheimdienstlichen Polizeiakten führender Journalisten ist im allerneuesten Gesetz diesbezüglich nicht vorgesehen.

## Journalismus und wirtschaftliche Misere

Eine weitere ernste Herausforderung für die Journalisten stellt das Problem der wirtschaftlichen Abhängigkeit dar. Ihre kläglichen Jobs in den elektronischen Massenmedien in Bulgarien und die meist nur auf sechs Monate befristeten Arbeitsverträge machen sie stark abhängig vom Arbeitgeber. Wer ein menschenwürdiges Dasein führen will, ist gezwungen, sich unbedingt zusätzliche Einnahmequellen zu sichern. Mit Übersetzungen kann man in Bulgarien übrigens mehr Geld verdienen als durch die Arbeit beim Rundfunk. Das führt dazu, daß viele erfahrene Journalisten den Weg in die privaten Hörfunk- und Fernsehstationen gegangen sind, in der Hoffnung, sich wenigstens vom wirtschaftlichen Druck zu befreien. Daß dem aber nicht so ist, zeigten einige Beispiele, bei denen auch ausländische Investoren wie die Westdeutsche Allgemeine Zeitung (WAZ) ihre Finger im Spiel hatten. Die WAZ hatte die auflagenstärkste Tageszeitung in Bulgarien - „24 Stunden“ aufgekauft. Als dann auch die zweitgrößte Tageszeitung „Trud“ hinzukam, besaß die deutsche Verlagsgruppe einen fast 80%igen Anteil am bulgarischen Zeitungsmarkt. Dies führte aber keinesfalls zu versprochenen Verbesserungen von Arbeitsbedingungen der bulgarischen Journalisten in diesen Printmedien. Ganz im Gegenteil. Es kam sogar zu Streiks gegen die deutsche Pressegruppe, die sich aus Gründen der Kostenersparnis weigerte, Journalisten feste Arbeitsverträge anzubieten.

Unter diesen Umständen der wirtschaftlichen Misere zeigen sich viele Journalisten bereit, ein oder beide Augen zuzudrücken und gegen Barzahlung, Sachgeschenke, Flugtickets und Auslandsreisen über alles zu berichten, was gewünscht wird. Formell wird meistens ein Vertrag über Coproduktionen abgeschlossen, die allerdings der Korruption Tür und Tor öffnen. Auf diesem Wege wurden Rundfunk und Fernsehen um mehrere Millionen betrogen. Geld, das meistens in private Taschen geflossen ist. Derartige dubiose Geschäftspraktiken wurden bei Finanzrevisionen sowohl im staatlichen Rundfunk als auch im Fernsehen aufgedeckt. Was aber für den Bereich der Politik typisch ist - daß die Schuldigen an der Krise stets ungeschoren davonkommen, trifft für die Sphäre der Medien noch eher zu. Vor Gericht kommen meistens nur die kleinen Fische, nicht aber die großen Finanzhaie, die Beträge in Milliardenhöhe veruntreut haben und in ihrem



Gefühl der Unantastbarkeit bestärkt werden. Fehlende Transparenz und eine sehr ungenaue Tarifpolitik lassen große Spielräume für unsaubere Geschäfte auf dem Gebiet der Rundfunk- und Fernsehwerbung in den staatlichen bulgarischen Medien. Wofür die Werbeeinnahmen verwendet werden, bleibt meistens unklar und hängt oft von den persönlichen Vorlieben des jeweiligen Intendanten ab. So wurden vom Staatlichen Bulgarischen Rundfunk vor ein paar Jahren mehrere Pkws der Marke Ford gekauft - fast ausschließlich zu Repräsentationszwecken. Währenddessen wird in vielen Redaktionen auf uralten mechanischen Schreibmaschinen mit echtem Museumswert munter weitergehämmert. Ein Faxgerät in der Redaktion zu haben ist auch nicht immer selbstverständlich. Von wegen Informationsgesellschaft und Internet: in Bulgarien sind die ganzen neuen Kommunikationsmöglichkeiten für die Journalisten der staatlichen elektronischen Medien bis jetzt noch reine Zukunftsmusik. Dafür aber verfügt der Rundfunk über ein teures Einlaßsystem mit elektronisch lesbaren Karten, wofür sicherlich Millionen von Steuergeldern vergeudet wurden. Die Aufzählung könnte noch weiter fortgesetzt werden . . .

## Aus- und Fortbildung von Journalisten

Ein nicht zu unterschätzendes Problem ist die so gut wie fehlende Aus- und Fortbildung in theoretischer wie praktischer Weise. Seminare und praktische Übungen sind ein Fremdwort. Im Staatlichen Bulgarischen Rundfunk gibt es zwar eine ganze Redaktion, die mit der Fortbildung beschäftigt sein sollte, deren ganze Aktivität sich aber meines Wissens darin erschöpft, einmal im Jahr Englischkurse zu organisieren. Die einzige vernünftige Fortbildung, die ich bisher erlebt habe, habe ich dem Fortbildungszentrum der Deutschen Welle zu verdanken, das Kurse für ausländische Journalisten organisiert, die ganz praktisch ausgerichtet sind und wichtige Anstöße für die weitere Tätigkeit geben. Deshalb begrüße ich auch die Möglichkeit, die das **Heinz-Kühn-Stipendium** eröffnet, etwas von der „Küche der deutschen Medien“ zu erfahren und sich weiterzubilden. Nach Ansicht vieler Bulgaren ist Deutschland das Land in Westeuropa, das durch Stipendien und sonstige **Fortbildungsmaßnahmen** den Journalisten in Osteuropa tatkräftig unter die Arme greift. Und diese Hilfe ist wirklich notwendig, nicht zuletzt um dadurch Anregungen zu bekommen, wie die vorhin geschilderten Probleme in der bulgarischen Medienlandschaft zu überwinden sind.